

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausdrager 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Wolfschloßkonto Nr. 29 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Freitag, 28. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die gewaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile, gewaltene oder deren Raum im Text 3.- Mk.

Eine verkappte Stinnes-Koalition.

Wirth-Kabinet Nummer zwei?

Wirth mit der Kabinettsbildung beauf. (M.Z.) Berlin, 25. Oktober.

Der Reichszugler Wirth erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Ebert für die breite Koalition.

(M.Z.) Berlin, 25. Oktober.

Der Reichspräsident richtete heute nachmittag 5 Uhr an den Reichszugler folgendes Schreiben:

Herr Reichszugler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen in der Überzeugung, in der ich mit Ihnen, Herr Reichszugler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschlands auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik harren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können.

Sie, Herr Reichszugler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näherzukommen. Die Entscheidung, welche die Volkshinterkonferenz der Alliierten in der oberösterreichischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerseits gutem Willen und unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trotz zustande zu bringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gepflogenen Verhandlungen eingebracht, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist.

Dies ist umso bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angesichts der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innenpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichszugler, die dringende Bitte, Ihre mir gegebenen Absagen zurückzuziehen und unter Hintanstellung persönlicher und parteipolitischen Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden.

In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Listkraft und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe, sowie die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann.

Ich bin in aller Wertschätzung Ihr aufrichtig ergebener Ebert.

Ebert, der Mann der Sozialdemokratie, leitet die Bildung der neuen Regierung mit einer Kundgebung für die

„breite Koalition“ ein. Diese Tatsache zeigt, daß das neue Kabinet Wirth nur eine verkappte Stinnes-Koalition ist. Man hat den krummen Weg gewählt, um die Massen besser nachzuführen zu können.

Die Sozialdemokratie und die Unabhängigen haben sich willenlos von der Haltung der bürgerlichen Parteien leiten lassen. Sie haben Wirth als den Retter vor der Stinnes-Regierung begrüßt.

Das neue Kabinet Wirth kann angesichts der Haltung der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, die sich mit den Volksparteilern solidarisieren, nur bestehen, wenn die Sozialdemokraten daran teilnehmen und wenn sich die Unabhängigen ihm noch enger als bisher anschließen. So führt die Koalitionspolitik heute zu einer Unterfütterung der Spießgesellen von Stinnes. Sie wird morgen noch weiterführen.

Nur dann kann die Gefahr abgewehrt werden und die Ansprüche des Großkapitals bereitet werden, wenn die Massen der Arbeiter gerufen werden. Unabhängige und Sozialdemokraten haben diesen Appell nicht gewagt. So werden die Schiebungen zur Bildung der großen Koalition weiter dauern.

Ein Weg steht nur offen, um die parlamentarischen Schiebungen zu vereiteln: der Bruch mit den Schiebern, der Bruch mit der Koalitionspolitik, der Appell an die breiten Massen.

Denn nur diese breiten Massen können die Grundlage für eine Regierung abgeben, die mit den Arbeitern für die Arbeiter regiert. Das hat die erste Regierung Wirth nicht getan, das kann und wird die zweite Regierung erst recht nicht tun.

Zusammentritt des Reichstags.

(M.Z.) Berlin, 25. Oktober.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf Mittwoch 12 Uhr mittags festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

Uns wird mitgeteilt:

Nach dem ersten Entscheid über Oberschlesien soll aber, wie bekannt ist, der Reichstag wiederum auf 14 Tage vertagt werden. Die Kommunisten fordern jedoch wegen der Behandlung ihres Anwesenheitsgesetzes, Aufhebung der bayerischen Volksgerichte und der Interpellation über die Behandlung der russischen Schiffe in Stettin und Hamburg das sofortige Weiterverhandeln des Reichstages. Diefelbe Forderung erhoben auch die Vertreter der USPD, die die Behandlung der Kartoffelnot und eine Wechseltage für die Bevölkerung verlangten. Die Entscheidung darüber, ob der Reichstag diese brennenden Fragen jetzt sofort behandeln wird, soll erst durch das Plenum gefaßt werden. Die Reichsparteien und die Regierungsparteien scheinen mit Rücksicht auf die babilischen Wahlen und verschiedene Feiertage eine Vertagung des Reichstages für längere Zeit durchsetzen zu wollen.

Eine deutschnationale Waffenschlebung verhindert.

Düsseldorf, 25. Oktober 1921.

Der ehemalige Leutnant Horn aus Dorfeld bei Dortmund wurde am 20. Oktober verhaftet, als er auf einem Lastauto Kanonen verschleben wollte. Er gehört der Deutschnationalen Volkspartei an.

10 000 Mark für die Rußlandhilfe.

Der Kreisrat des Kreises Sattingen bewilligte auf Antrag der Kommunisten 10 000 Mark für Sowjetrußland, die dem Roten Kreuz zu überweisen sind.

Eine Statistik über Lohnhöhe und Lernerung.

In der „Zeitschrift für angewandte Chemie“, Nr. 76, vom 23. September, findet sich folgende interessante Statistik:

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Arbeiter, Durchschnittlicher Lohn im ganzen, Durchschnittlicher Jahresverdienst pro Mann. Data for 1913 and 1920.

Diese Statistik besagt, daß die Löhne in der chemischen Industrie von 1913 bis 1920 etwa auf das achtfache gestiegen sind, während sich die Kosten der Lebenshaltung um etwa das fünfzehnfache erhöht haben. Die Lebenshaltung des Arbeiters in der chemischen Industrie ist also um die Hälfte herabgedrückt worden. Dabei gilt diese Industrie mit als eine der bestbezahlten. Wie mag es erst in den anderen aussehen?

Streit in der chemischen Hüttenindustrie.

Die organisierten Maschinen- und Feiler der Maschinen- und Hüttenindustrie in Duisburg sehen wegen nicht bewilligter Lohnforderungen seit heute morgen im Streit. Auf der Hütte Rhönitz, auf dem Martin- und Thomastal, dem Rheinischen

Stahlwerk, der Niederrheinischen Hütte und bei Schulte-Knaack ruht der Betrieb vollständig. Die Notstandsarbeiten werden von den Streitenden selbst ausgeführt.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Buchdrucker des Wuppertals.

Am 20. Oktober waren die Maschinenfeiler des Wuppertals in den Streit getreten, insofern wurde in vielen Betrieben das übrige Personal ausgesperrt. Am Sonnabend wurde die Lohnbewegung zugunsten der Buchdrucker beendet. Bei den am Freitag geführten Verhandlungen wurde vereinbart, daß die Maschinenfeiler eine Zulage von 25 M. pro Woche erhalten. Die Handseiler sollen vom 29. Oktober ab ebenfalls 25 M. mehr bekommen. Die Vereinbarung gilt für drei Wochen. Dann sollen neue Verhandlungen stattfinden.

12 000 Gußstahlarbeiter in Bochum von der Aussperrung bedroht.

Wegen Nichtbewilligung ihrer geforderten Lohnhöhung von 15 Mark pro Tag sind am Sonnabend, den 22. Oktober, 82 Ofenmaurer der Gußstahlfabrik des Bochumer Vereins in den Streit getreten. Statt den Ofenmaurern ihre gerechten Forderungen zu bewilligen, hat die Werksdirektion am Sonnabend schon das Martinwerk stillgelegt und droht nun, falls im Laufe des Montags mit den Arbeitern keine Einigung herbeigeführt werde, mit der Aussperrung der 12 000 Mann betragenden Belegschaft.

504 Tote in Oppau.

Die Zahl der Toten von Oppau ist nach den letzten Meldungen der Zeitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen auf die Zahl 504 gestiegen, doch ist zu erwarten, daß immer noch eine Anzahl von Schwerverwundeten hinzukommt.

Zur Regierungsbildung in Deutschland.

Von Ernst Meyer.

Wie wenig sich die Verhältnisse in Deutschland konsolidiert haben, beweist die Häufigkeit und die Schwere der Regierungskrisen. Jeder Versuch, eines der Nachkriegs-probleme zu lösen, bringt jedesmal die bestehende Regierung in Gefahr. Trotzdem die Zustimmung zu dem Friedensvertrag von Versailles die Anerkennung aller weiteren Forderungen der Entente in sich schloß, sträubten sich doch die bürgerlichen Parteien in Deutschland, die zunächst mehr formelle Zustimmung zu dem Versailler Vertrag und seinen einzelnen Teilen in die Wirklichkeit umzusetzen. So hat die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien das Kabinet Wirth zum Rücktritt veranlaßt und die Neubildung der Regierung begegnet noch größeren Schwierigkeiten, als die Lösung der früheren Regierungskrisen, nach Versailles und nach dem Londoner Ultimatum. Das ist nicht etwa bloß die Folge der „Gewissenlosigkeit“ und „Verantwortungslosigkeit“ und anderer moralischer Qualitäten, die die unabhängige Presse den bürgerlichen Parteien zuspricht. In diesen Krisen wirkt sich vielmehr die Tatsache aus, daß der verlorene Weltkrieg und seine Folgen in der Tat den Kapitalismus in Deutschland in die allerunangenehmste Situation gebracht haben. Auf der einen Seite wird die deutsche Bourgeoisie eingezwängt durch die Ansprüche des Ententeimperialismus, auf der anderen Seite hindert das seit den Novembertagen 1918 zum stärkeren Selbstbewußtsein gelangte Proletariat die volle Abwälzung aller aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Lasten auf das Proletariat. Die Wirkungen der Entscheidung über Oberschlesien werden zwar von der kapitalistischen Presse Deutschlands übertrieben. Aber die Zeitung Oberschlesiens schnürt doch die wirtschaftlichen und politischen Machtbestrebungen der deutschen Bourgeoisie nennenswert ein, und der im Proletariat lebendige Wille zur Abwehr neuer Verschlechterungen in der Lebenshaltung der breiten Massen erschwert es der Bourgeoisie, sich am Proletariat völlig schablos zu halten. Deshalb verucht die Bourgeoisie durch die Entfesselung nationalistischer Stimmungen die Massen vom eigentlichen Kampfziel, dem sozialen, abzulenken.

Die Deutsche Volkspartei, die Partei der Groß-Industrie, weigert sich, in die neue Regierung einzutreten, weil sie sich aus Furcht vor der nationalistischen Stimmung ihrer Anhänger nicht mit der Zustimmung zu der oberösterreichischen Teilung belasten möchte. Auch die Demokraten fürchten als nicht genügend national zu gelten und lehnen es ab, in eine Regierung einzutreten, deren erster Schritt die Entsendung des Kommissars nach Oberschlesien und die formelle Zustimmung zur Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien sein wird. So kommt es, daß die Sehnsucht von Stinnes nach Scheidemann und die von Scheidemann nach Stinnes zunächst noch unerfüllt bleibt.

Die Rechtssozialisten werden daher allein mit dem Zentrum eine Regierung bilden.

Die Unabhängigen sehen so ihren Wunsch nach der Wiederkehr Wirths erfüllt, und es wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als das neu gebildete Ministerium „der Erfüllung“ noch stärker als bisher zu unterstützen, da die eine Stütze der Demokraten gebrochen ist.

Beide sozialdemokratischen Parteien erklären, daß die Wiedergutmachungsverpflichtungen der früheren deutschen Regierungen gegenüber der Entente erfüllt werden müßten und sie halten sich bereit, diese Erfüllung zu übernehmen — auf dem Boden der gegebenen kapitalistischen Verhältnisse. Bei den internationalen Nachverhältnissen wird in der Tat jede deutsche Regierung die Reparationsverpflichtungen einlösen müssen. Aber die sozialdemokratischen Parteien übersehen, daß die Wiedergutmachung noch auf anderer Basis als auf rein kapitalistischer möglich ist. Auch Sowjetrußland hat sich dem Machtgebot der imperialistischen Mächte, z. B. Deutschland gegenüber in Prest-Litowol fügen müssen. Aber diese erzwungene Anerkennung von Prest-Litowol geschah nicht auf dem Boden der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Demokratie, sondern nach Umwandlung der Kerenski-Herrschaft in einen kommunistischen Staat und nach Ausschaltung aller Vorrechte der Bourgeoisie gegenüber dem russischen Proletariat.

Auch die deutsche Arbeiterschaft hätte die eingetretene Krise auszunutzen können, um die offenbar bankrotten bürgerlichen Parteien ihrer Macht zu berauben.

Die kommunistische Partei Deutschlands hat durch ihr Zentralorgan und durch ihr Zentralkomitee die Rechtssozialisten und die Unabhängigen darauf aufmerksam gemacht, daß die Krise der Regierung zu einem geschlossenen, selbständigen Vorgehen aller Arbeiterorganisationen ausgenutzt werden müßte. Die Gefahr der Bildung einer rein bürgerlichen Koalition unter Führung von Stinnes abzuwenden, wenn die politischen und gewerkschaftlichen Dr-

Stad 21.10.21

MMP

Organisationen sich zum Kampfe gegen die Reaktion zusammengeschlossen. Gegenüber der Gefahr der Belastung der breiten Massen mit neuen Steuern und der Verlängerung der Arbeitszeit, sowie der immer stärkeren Durchdringung des gesamten Staatsapparates mit konterrevolutionären Elementen bezeichnete die kommunistische Partei als nächstliegende Sicherungen der Arbeiterschaft:

1. Die Erfassung der Goldwerte, d. h. die Konfiskation eines Teiles der kapitalistischen Vermögen zugunsten des Staates.
2. Unbedingten Schutz des Achtstundentages und des Streik- und Koalitionsrechts.
3. Die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen (Orgesch usw.), Bildung eines Selbstschutzes der arbeitenden Massen.
4. Reinigung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr, der Schulpolizei von allen monarchistischen Elementen unter Kontrolle der Arbeiterschaft.

Diese Forderungen sind keine rein kommunistischen, oder an sich revolutionären. Sie können unterstützt werden und werden erhoben von allen Arbeiterorganisationen. Aber der Versuch ihrer Durchsetzung bedeutet Aufnahme des verschärften Klassenkampfes gegen alle bürgerlichen Parteien, die sich mit allen Mitteln der Bewirtlichung dieser Forderungen entgegenstellen werden. Die Durchsetzung der Forderungen kann daher nicht auf rein parlamentarischen Gebiet vor sich gehen, sondern muß auch außerparlamentarisch durch die Einsetzung aller Machtmittel des Proletariats erzwungen werden. Schon der Versuch ihrer Verwirklichung bedeutet Ablehnung jeder Koalition mit den Bürgerlichen und in weiterer Konsequenz den Versuch, eine bürgerlich-parlamentarische Regierung durch eine reinsozialistische Regierung zu ersetzen. Die Kommunisten erklärten sich gegenüber den beiden anderen Arbeiterparteien bereit, die Mobilisierung der Arbeiter zur Verhinderung jeder bürgerlichen Koalitionsregierung zu unterstützen und selbst zu leiten. Rechtssozialisten und Unabhängige zogen es jedoch vor, dem Kampfe auszuweichen und lieber eine bürgerliche Koalitionsregierung bilden zu helfen bzw. zu unterstützen. Sie taten es unter dem Vorwand, daß die Kommunisten erst ihre Bereitwilligkeit zum eigenen Eintritt in eine reinsozialistische Regierung erklären müßten, ehe man den Gedanken eines gemeinsamen Kampfes gegen jede bürgerliche Koalitionsregierung überhaupt nur erwägen könne. Die Kommunisten können dagegen mit Recht darauf verweisen, daß in Sachsen und in Thüringen USPD. und SPD. solche reinsozialistische Regierungen gebildet haben und sich mit einer lokalen Unterstützung der Kommunisten begnügen. Im übrigen wird der Kampf einer reinsozialistischen Regierung gegen die Machtgelüste der Bourgeoisie so ernste Kämpfe herbeiführen, daß die Entwicklung sehr rasch weitergehen und auch diese Regierung bald Formen annehmen dürfte, die den Kommunisten eine andere Stellungnahme als die der bloßen Unterstützung erleichtern.

Wenn Rechtssozialisten und Unabhängige diesmal den bequemeren Weg der Vermeidung früher Klassenkämpfe gewählt haben, so werden wahrscheinlich bald die steigenden Ansprüche der Bourgeoisie sie erneut vor die Frage stellen, ob sie gegen den Willen der Arbeitermassen die Unterstützung bürgerlicher Parteien fortsetzen wollen. Die kommenden Steuerkämpfe müssen, sofern die SPD. überhaupt noch Rücksicht auf Arbeiter nimmt, den Kitz zwischen Bourgeoisie und Proletariat von neuem scharfer aufreißen. Stimmlos und die Großindustrie sind nicht bescheiden und werden noch mehr verlangen als sie es bisher getan. Dann wird die Arbeiterschaft selbst, selbst, soweit sie in der SPD. organisiert ist, erneut die Frage aufwerfen, ob der Kampf gegen das Unternehmertum auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet noch vermeidbar ist. Die erfreulichste Tatsache ist die Opposition in den Reihen der SPD.-Mitgliedern gegen den Beschluß von Götting, läßt diese Hoffnung nicht als Illusionär erscheinen. Auf jeden Fall wird die kommunistische Partei alles tun, um durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die breiten Massen über die Bedeutung einer bürgerlichen Koalition zu unterrichten und durch sachliche nüchterne Darstellung der kommenden Risiken und all ihrer Wirkungen das Verständnis dafür zu schaffen, daß nur die einheitliche Kampfstrategie gegen die Bourgeoisie und die bürgerlichen Parteien einen Ausweg aus der für das Proletariat verzweifelten Lage bietet.

Politische Uebersicht.

Die bayrische Königsparade. Die „republikanische“ Reichswehr.

(21.) Berlin, 2. Oktober.
Das Reichskriegsministerium ? in München ist ermächtigt worden, zum Begräbnis des verstorbenen Königs eine Ehrenkompanie zu stellen. Freiwillige Beteiligung von Angehörigen der Reichswehr ist gestattet. Nicht eine Beteiligung von Reichs- und sonstigen Behörden in Frage kommt, kann noch nicht gesagt werden, da, wie an zuständiger Stelle verlautet, „Kopien dem Reich nicht entgegen kämen“.

Die kaiserlichen Sozialdemokraten.

(21.) München, 2. Oktober.
Der Münchner Stadtrat hat heute in Abschwächung der Unabhängigen und Kommunisten eine feierliche Trauerfeierung anlässlich des Ablebens des früheren Königs Sühling abgehalten. Der Bürgermeister Schaub gedachte in einer Ansprache des Verstorbenen, dessen arbeitserfülltes Leben er in kurzen Worten schilderte, was schließlich zu erklären, die Münchner Stadterwaltung werde an der Bahre ihres Freundes und Förderers einen Kranz niederlegen lassen.

Monarchistische Innenpolitik und Reichswehrangelegenheiten im bayerischen Landtag.

(22.) München, 2. Oktober.
Der bayerische Landtag hat heute nachmittags zu seiner neuen Session zusammengetreten.
Der Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Königsbauer der Trauer des bayerischen Landes an den Angehörigen früheren König Sühling in warm empfundenen Worten Ausdruck. Weiter legte er nachträglich das bayerische Volkes gegen das Diktat von Graz Versicherung ab.
Ministerpräsident Graf Seitzner selbst gab schon im Namen der Staatsregierung eine Erklärung ab, in der er ebenfalls der Trauer des ganzen bayerischen Volkes an den letzten König und dem bayerischen Reichstagen Ausdruck verlieh. Auch er wandte sich ausdrücklich gegen die Kriegsverhaftung Oberpräsidenten.
Als der Ministerpräsident seine Ausführungen beendet hatte, kam der Kommunist Heubert in den Saal und verurteilte

eine Protesterklärung gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten zur obersten Frage abzugeben. Die Mitglieder der bürgerlichen Parteien verließen geschloffen den Saal.

Neue Mordtaten „Oberlands“.

Die sozialdemokratische Münchener Post bringt neue einzelne Mitteilungen über Mordtaten der bayrischen Orgesch. Ende Mai 1920 holte der Werkbawärter Eduard Seiler aus Basing auf Befehl des Leiters der Kriminalabteilung der Nachrichtenzentrale „Oberland“, Kriminalinspektor Fischer (richtiger Name: Friedrich) aus Bernburg, zusammen mit dem Kriminalwachmeister Joseph Gump aus Karlsruhe den Besitzer des Hotels „Deutsches Haus“ in Krapfth am dem Gefängnis ab. Sie führten an eine verschlossene Stelle des nahen Waldes, wo sie der Kriminalbeamte Dreffel aus Augsburg erwiderte. Der Gefangene, Hotelbesitzer Valentin, hatte während der Zeit der französischen Besatzung in sein Hotel die französische Interdiktur untergebracht. Ohne daß er wußte, was ihm bevorstehe, wurde er in den Wald hinter eine kleine Anhöhe geführt und dort von Gump erschossen. In der Kriminalabteilung der Nachrichtenzentrale „Oberland“ war bekannt, daß Dreffel der Geliebte der Frau des Hotelbesitzers war und daß diese Frau einmal ankam, es liege ihr nicht an Tausenden von Mark, wenn ihr Mann befreit würde.

Am 30. Juni führte die Nachrichtenzentrale „Oberland“ bei ihrem Abmarsch nach Leobfing drei Gefangene mit: Karl Görlich aus Götting in Schlesien, Stefan Stellmach aus Bismarckhütte und Kauer, angeblich kommunistischer Freiwilliger des 2. Bataillons, Oesterreicher. Nach längerem Marsch wurden sie schließlich von der Straße nach Kasmir abwärts in

Arbeiter, fordert die Freigabe der Sammelstätigkeit für die Hungernden in Rußland.

Auf einen Antrag des Genossen Dr. Josef Herzfeld, den er im Auftrag des Arbeiterhilfskomitees an das Ministerium des Innern stellte, die letzte vormärzliche begründete Bestimmung über die öffentliche Sammelstätigkeit bei der Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland aufzuheben, antwortete der Reichsminister des Innern, Dr. Grabnauer: „Die Genehmigung von Sammlungen für die russische Bevölkerung kann im allgemeinen nur für solche örtlich begrenzten Bezirke in Frage kommen, in denen dahingehende Wünsche der Bevölkerung besonders lebhaft hervortreten und eine Verwendung der Sammlungsergebnisse im Einzelnen mit der Hilfsaktion des Deutschen Roten Kreuzes gewährleistet sei.“
Den ersten Hindernisgrund, den das Reichsministerium zu einem weiteren Verbot der öffentlichen Sammelstätigkeit anführen zu müssen glaubte, kann morgen schon dadurch beseitigt werden, daß die breiten Massen der Arbeiter in „besonders lebhafter Weise“ ihre Wünsche nach einer derartigen Sammlung zum Ausdruck bringen. In allen Städten und Dörfern Deutschlands müssen jetzt Massenversammlungen stattfinden, in denen in „lebhaftester Weise“ die Forderungen der breiten Massen für die öffentliche Sammelstätigkeit geäußert wird. Die in solchen Versammlungen gefaßten Beschlüsse und Resultate sind 1. dem Reichsministerium des Innern, und in einem Durchschlag dem Arbeiterhilfskomitee, Berlin, Rosenthaler Str. 38, einzusenden.

den Wald geführt und von einem Herrn M u s k w e i l e r, alias Weiland, erschossen und beraubt, und an der Mordstelle begraben.
Die „Münchener Post“ veröffentlicht noch eine Anzahl weiterer Mitteilungen über dieses Mordgeschick, die alle durch Protokoll der Münchener Polizei, entnommen im September 1920, dokumentarisch belegt waren. Die Polizei hatte aber sofort das Freikorps und die Nachrichtenzentrale des Freikorps „Oberland“ benachrichtigt.
Die sozialdemokratische Presse enthält seit dem Erzbergermord die militärische Konterrevolution und deckt die Beziehungen zwischen den Mordbuben und den Behörden auf. Trotzdem aber alle diese Enthüllungen, auch bei der neuen bayerischen Regierung, zu keinem Ziel geführt haben, insoweit sie weiter den Arbeitern von dem „neuen Kurs“ in Bayern vorüber. Aber auch die eigenen Vertreter der SPD. in der Regierung fürchten sich, gegen die Reaktion tatkräftig vorzugehen. Nach einer unüberprüften Erklärung des preussischen Innenministers, hat der Sozialdemokrat Grabnauer der preussischen Regierung die Vollmacht zum Vorgehen gegen die bürgerlichen Arbeitergemeinschaften erteilt, ohne selbst etwas gegen sie zu unternehmen. Die sozialdemokratischen Arbeiter dagegen es sich nicht länger gefallen lassen, daß ihre Führer mit ihren ewigen Drohungen: „Wir wissen alles!“ die Reaktion nur zu geschäftlichem Vorgehen antreibt.

Die Sipuski-Polizei als Schützer der Monarchisten.

Am Dienstag veranstaltete die deutschnationale Jugend in Leipzig eine monarchistische Kundgebung. Der Schlichter der sächsischen Revolution, v. S u b e r t G o l d, sollte an diesem Abend den Leipziger Arbeiterschaft gegen die Sipuski-Polizei sprechen. Die Leipziger Arbeiterschaft zeigte hiebei Kundgebung als eine rasche Herausforderung der Monarchisten auf. Selbst die unabhängige Leipziger Volkspolizei sprach, daß sich die Arbeiterschaft eine solche Provokation nicht gefallen lassen könne. Diese Demonstration war um so drückender, als am Sonntag vorher eine Oberbayerischen-Kundgebung der bürgerlichen Parteien stattgefunden hatte, in der ein kommunistischer Mißhandelt worden war. Tausende von Arbeitern zogen am Dienstag abends vor das Serjantensalottel der deutschnationalen, um zu manifestieren, daß sie nicht gewillt sind, diese monarchistische Provokation ruhig hinzunehmen. Die Arbeiterschaft war noch nicht am Serjantensalottel angekommen, als ihr eine Schützenkompanie entgegenkam und sofort begann, auf die waffenlosen Demonstrationen in unerhörter Weise mit Gewehrfeuer einzuschlagen. Die Ermordung der Arbeiter mit Gewehrfeuer ist gewaltig, jedoch es zum Handgemein mit der Polizei kam. Die Liste des Serjantensalottels wurden abgeschickt. In den Räumen selbst waren über 2 Hundert sächsischen Sipuski-Polizei stationiert, während an einer anderen Stelle ebenfalls 2 Hundert Sipuski in Bereitschaft standen. Der Serjant des Serjantensalottels konnte nicht festhalten, da es im Saal zwischen den anwesenden deutschnationalen Studenten und den Sipuski-Polizisten, die abwärts herabfielen waren, und den im Saal anwesenden kommunistischen in Auseinandersetzungen kam.
Die sächsische Polizei unterstellt dem Minister des Innern, den unabhängigen Sozialdemokraten Richard Sipuski. Die sozialistische Regierung in Sachsen untergründet durch ihre anhaltenden gewaltigen Mordanschläge das Fundament, auf dem sie sich ruhen muß. Infolgedessen mit den Arbeitern zu regieren, läßt sie den kommunistischen Reichspräsidenten, die es betrug der sozialistischen Regierung handeln werden.

Der letzte Groschen.

Während die Steuerbehörden machtlos und untätig zuschauen, wie die Steuern immer reicher werden und bei ihren Nichtentrichten schenken und drücken, verfaßt sie es nicht, beim Arbeiter die Steuerkrone immer schärfer anzuziehen. Während bis zum 1. August wenigstens die Ueberbunden vom zehnprozentigen Lohnabzug befreit waren und die Steuerbeträge auf volle Mark nach unten abzurunden waren, müssen seit dem 1. August auch die Ueberbunden-Einnahmen mit 10 Prozent versteuert werden und die Steuern werden nicht mehr auf volle Mark, sondern auf 10 Pfennig abgerundet. Z. B. wer früher 24,15 oder 24,95 Mk. Steuern zu zahlen hatte, zahlte eben 24 Mk., während er heute 24,10 bzw. 24,90 Mk. zahlen muß. Auf daß der Arbeiter ja auch mit seinem letzten Groschen „erfaßt“ werde.

Und Du, Prolet, schweigst und zahlst?

Die Kartoffelnot.

Doktor Hermes appelliert an Agrarkapital und Handel.
Am 19. Oktober fand im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Vorsitz des Ministers Dr. Hermes eine Besprechung über die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und der Preisentwicklung statt. Der Minister ersuchte die Vertreter von Landwirtschaft und Handel, im Hinblick auf die erste Lage kein Mittel unberührt zu lassen, um eine Preisfestsetzung herbeizuführen. Wie tief diese Ernährungsfrage auf die Junker und Händler einwirkt, geht daraus hervor, daß eine Festsetzung einheitlicher Höchst- und Mindestpreise von den Vertretern der Junker und des Handels einstimmig abgelehnt wurden. Sie begründeten ihre Ablehnung damit, daß „solch eine Maßnahme nur geeignet sei, die Ware vom Markt zu vertreiben und dadurch die Versorgung zu verschlechtern.“ Sie beschränkten sich darauf, die augenblickliche Preislage für die Verbraucher sehr besagenswert zu nennen.
Ueber den gewaltigen Anstieg von Kartoffeln durch Händler und über die großen Verschickungen ins Ausland scheint man im Ministerium nicht gesprochen zu haben. Lediglich die schlechten Transportverhältnisse wurden erwähnt. Zum Schluß sagte der Minister, er müsse anerkennen, daß der Gesamtbestand an Kartoffeln als unbefriedigend nicht anzusehen sei und daher für die Bevölkerung zu übertriebener Besorgnis kein Anlaß vorliege.

Makloje Kartoffelaufkäufe.

Eine bürgerliche Korrespondenz berichtet:
„In Pommern, besonders in der Gegend von Stolp, ist eine ausnehmend große Kartoffelernte zu verzeichnen. Die Erträge werden hier auf 100 bis 140 Zentner je Morgen geschätzt. Eine Folge dieser großen Ernte ist, daß eine Unmenge von Aufkäufern Pommern, speziell die Gegend von Stolp, unsicher machen. Die Aufkäufer stellen sich meist als Abgesandte der Betriebsräte der großen Werke der mittel- und westdeutschen Industrien dar. Besonders zahlreiche Aufkäufer haben Württemberg und das besetzte Gebiet nach hier geschickt, sowie die Arbeiter-Einkaufsbereinigungen der Pfalz, sowie die Arbeiter-Einkaufsbereinigungen der Anstalten westlichen deutschen Eisenbahndirektionen. Der Anstalt der wilden Kartoffelhändler ist so stark, daß in den Städten der mittleren und kleineren ostpommerschen Städte sämtliche Zimmer besetzt sind und der reguläre Reisendenverkehr keine Gaststätten findet. Die wilden Händler überbieten sich in gewissenloser wucherischer Weise und finden leider Gottes bei einem Teil der Landwirte mit ihrem Treiben Gehör, während der bei weitem größte Teil der pommerschen Landwirtschaft diesem Aufkäufertum die Tür weist. In Pommern wird allgemein behauptet, daß die von den wilden Kartoffelhändlern aufgekauften Kartoffeln zu einem großen Teil nach Frankreich verschoben werden, wo sie zur Fütterung der französischen Schweine dienen. Der größte Teil der pommerschen Landwirtschaft und der übrigen Bevölkerung Pommerns sind einzig in dem dringlichen Verlangen an das Reichsernährungsministerium, daß es dem schamlosen Kartoffelhändler in Pommern ein Ende macht.“

Durch diesen Bericht wird die Schilderung unserer Genossen, die wir vor einigen Tagen brachten, durchweg bestätigt. Inwiefern die Nachricht, daß auch Betriebsräte und Arbeiter-einkaufsgenossenschaften sich an den Einkäufen beteiligen, tatsächlich bestätigt, können wir jetzt nicht nachprüfen. Es wäre ihnen das nicht zu verdenken, denn oft genug hat sich gezeigt, daß sie nur die Dummen waren, wenn sie sich von den kapitalistischen Aufkäufern alles vor der Nase wegtaufen ließen. Freilich ist die Masse der westlichen Bevölkerung. Dazu ist der erste Schritt die Beschlagnahme aller Kartoffelbörse auf den großen Gütern und bei den Großbauern und die Verteilung dieser Kartoffeln und Preisfestsetzung dafür unter Kontrolle der Organe der Arbeiter, Angeestellten und Kleinbauern.

Gewerkschaftliches.

Der erste Schritt zur Beseitigung des Koalitionsrechts.

Macht geht vor Recht. So brutal dieser alte Grundsatz auch klingen mag, er bewahrheitet sich immer aufs neue. Was haben die Arbeiter in Deutschland nicht alles für „Rechte“, die für sie aber nur auf dem Papier stehen, weil sie an deren Ausübung durch die kapitalistische Macht gehindert und durch die reformistische eingestellten Gewerkschafts- und Parteiführer gehindert werden.
Den Kapitalisten genügt aber ihre Macht, die sich über alle Geheke hinwegsetzt, allein noch nicht, sie wollen auch formell das „Recht“ in ihrem Sinne umgeben, wozu ihnen die Justiz gern behilflich ist. Obwohl Versäumnis und Gesetz klar und deutlich vorzuführen, daß die Ausübung des Koalitionsrechts in keiner Weise behindert werden darf, werden nicht nur fortgesetzt Streikposten von der Polizei an der Wahrnehmung dieses Rechtes gehindert, sondern man ist seit Monaten dazu übergegangen, durch sogenannte gerichtliche einstweilige Verfügungen mit Straandrohungen das Streikpostenstehen zu verbieten.

Wir machen feinerzeit, als die ersten derartigen Verbote herauskamen, die Gewerkschaften auf die Notwendigkeiten eines fortwährenden Abwehrkampfes gegen diese Beschneidung des Koalitionsrechtes aufmerksam. Doch hochtrabend wurde von den Gewerkschaftsinfluenzen verkündet, daß alle Maßnahmen eingeleitet seien, um auf gesetzlichem Wege das Koalitionsrecht zu schützen. Seitdem hat man von der Sache weiter nichts mehr gehört, als daß die einstweiligen Verfügungen bei zahllosen Streiks weiter angewendet wurden, sogar ein persönlicher Arrest des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert, ein Herr Arbeit, Oberwalde, hat gegen seine freitenden Arbeiter diese moderne Eskalation des Koalitionsrechtes durch das Gericht antreiben lassen. Nun kommt auch die formelle Beseitigung der richterlichen Spruchspraxis durch die oberste gerichtliche

Instand in Preußen. Die „Reichshauptstädtsche Korrespondenz“ meldet:

Neckig-gütliches Verbot des Streikpostenkessens. Der letzte Bararbeiterstreik, der, wie erinnerlich, im April und Mai d. J. eine Reihe von Uebergriffen seitens der Streikenden heraufbeschwor, hatte vor dem Kammergericht ein kleines Nachspiel. Zum Schutze der Baustelle in der Jungfernhöhe und zum Schutze der Arbeitswilligen, sowie der Maschinen, hatte die bauschließende Firma B. Bruch eine einstweilige Verfügung erwirkt, wonach es den Streikenden unterlagt war, Streikposten zu stellen, die Baustelle zu betreten, die zur Arbeitsstelle gehenden oder die verlassenden Arbeiter zu belästigen usw.

Gegen diese einstweilige Verfügung hatte dann der Bauarbeiter-Verband Berufung eingelegt, mit der er zunächst vom Landgericht und nunmehr auch vom Kammergericht abgewiesen worden ist. Damit ist jetzt durch alle Instanzen festgestellt, daß diese einstweilige Verfügung des Verbotes von Streikpostenkessens usw. rechtswirksam war.

Durch diese endgültige Entscheidung ist das Streikpostenverbot so gut wie Geseh. Es ist damit zu rechnen, daß in Zukunft jeder bestellte Unternehmer und wäre es der kleinste Kranten, von dieser juristischen Waffe Gebrauch macht. Was das in der Praxis bedeutet, kann man sich am besten bei dem jetzigen Gastwirksangestellten-Streit ausdenken. Jedem Kenner der Verhältnisse ist klar, daß dieser Kampf ohne Streikposten für die Angestellten längst verloren wäre. Das zeigt besser wie alles andere die Gefährlichkeit dieses neuesten kapitalistischen Angriffs auf die Arbeiterkraft.

Wir fragen: Wollen nun die Gewerkschaften angesichts dieser Sachlage auch weiter latentlos bleiben?

In der gesamten Arbeiterkraft liegt es, ob sie sich kampftos auch die letzte Möglichkeit des Kampfes gegen das Unternehmertum rauben läßt. Arbeiter, stellt diese Frage in allen Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen zur Debatte, denn sie ist in ihren Folgen für die Arbeiter weit schwerwiegender als der ganze parlamentarische Kuhhandel, der zurzeit die ganze politische Öffentlichkeit beherrscht. Verlangt von den Gewerkschaftsleitungen die sofortige Aufgabe des Kampfes, der nur erfolgreich sein kann, wenn er nicht nur auf parlamentarischem Gebiet, sondern zielbewußt auf breiter gewerkschaftlicher Grundlage durchgeführt wird.

Kommunistische Erfolge im Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Vor einigen Tagen erhielten wir aus Eßlingen die Nachricht über einen kommunistischen Sieg bei der Wahl der Ortsverwaltung im Metallarbeiterverband. Ihm folgte ein solcher in Breslau, wo trotz Ausschreus der größten „Kanonnen“, darunter Mitglieder des Hauptvorstandes, bei der Wahl zur Bezirkskonferenz mit gewaltiger Mehrheit die Liste der kommunistischen Kollegen gewählt wurde.

Jetzt berichtet unser Leipziger Bruderblatt, daß bei der Wahl zur Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes die kommunistischen Kollegen über die bisherigen Ortsverwaltungsmittglieder (U.S.P.) den Sieg davontrugen. Der Kol. Schäfer vom Hauptvorstand soll dieses Ergebnis mit „versuchte Schweinerei“ quittiert haben.

Unser Leipziger Bruderblatt schreibt dazu: „Die Wahl muß unsere Genossen in allen Organisationen auf die Beine bringen. Regte Mitarbeit und Besuch aller Gewerkschaftsversammlungen ist die beste Garantie für die Interessenvertretung der Arbeiter.“

Der Streit der Porzellanarbeiter in Mittelschlesien.

Seit fast 14 Tagen stehen die mittelschlesischen Porzellanarbeiter im Kampf, der ihnen von einem rücksichtslosen Unternehmertum aufgezwungen wurde. Die Industriellen dieser Branche haben im Auslandsgeschäft riesige Profite gemacht und weigern sich jetzt, den Arbeitern eine geringfügige Lohnzulage zu zahlen. Da die betroffenen Betriebe nicht genügend Streikbrecher fanden, haben die betreffenden Unternehmer auch die übrigen Porzellanindustriellen veranlaßt, den Arbeitern die Ausperrung anzudrohen.

Die gesamte Arbeiterkraft des Waldenburger Reviers hat zu dem Streit der Porzellanarbeiter Stellung genommen. In einer von über 1000 Funktionären der Bergarbeiter besuchten Versammlung wurde beschlossen, die streikenden Porzellanarbeiter nach besten Kräften moralisch und finanziell zu unterstützen. Sollten die Kohlenkarvone den Betrieben, in denen die Forderungen der Arbeiter befriedigt sind, die Kohle entziehen wollen, so sind die 40000 Bergarbeiter des Waldenburger Reviers gewillt, in den Sympathiestreit einzutreten.

Der Kampf in der leitneramischen Industrie Deutschlands.

Am Sonntag, den 30. Oktober werden voraussichtlich in Dresden im Arbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Porzellanarbeiter stattfinden. Die Unternehmer wollten erst durchaus in Berlin verhandeln, wozu jedoch die Porzellanarbeiter nicht eingingen. Sie hielten unbedingt an der 40prozentigen Lohnzulage fest. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, werden die Unternehmer am 9. Oktober sämtliche Porzellanarbeiter, die noch in den Betrieben sind, ausperrern. Diese Gewaltmaßnahmen wurden jedoch die geschlossene Front der Porzellanarbeiter keineswegs erschüttern.

Kampf gegen den Hunger in England und Italien.

Vor einer Ausperrung in der Londoner Metallindustrie. (Int.) London, 26. Oktober.

Die Arbeitgeber der Metallindustrie und der Schiffswerken des Bezirkes London haben ihren Arbeitern eine Lohnreduktion angekündigt. Die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Vorschlages der Unternehmer zeigt nach den bisher bekannt gewordenen Resultaten, daß die Arbeiter nicht geneigt sind, eine Reduktion der Löhne hinzunehmen. Es droht demnach eine Ausperrung der Arbeiter dieser Fabriken ab 1. November.

Streik der italienischen Metallarbeiter. (Int.) Genua, 26. Oktober.

Infolge des Streiks der Metallarbeiter in ganz Ligurien wurde in Genua in allen Betrieben die Arbeit eingestellt. Mit Ausnahme einer Wagenfabrik und einiger kleinerer Betriebe, deren Besitzer nicht dem Verband der Industriellen angehören und die daher keinen Lohnabzug verlangen, sind alle Fabriken geschlossen. Militär und königliche Garde stehen in Bereitschaft, doch wurde die Ruhe bisher nirgends gefährdet.

(Int.) Triest, 26. Oktober.

Die Arbeiterunion von Venedig erklärt sich bereit, sofern die Lage es erfordern sollte, die streikenden Metallarbeiter auf jede Weise durch die Zeit zu unterstützen.

Heute begann der allgemeine Ausfall der Metallarbeiter, an den sich auch die Metallarbeiterkraft in Neapel angeschlossen hat. Der Streit ist ein Abwehrkampf gegen die angelegentlichen Entlassungen und Lohnreduktionen.

Horthy statt Habsburg.

Horthy hat über Karl gestimmt. Horthy bleibt einstweilen Herrscher in Ungarn. Dies entspricht heute besser dem Interesse der Ausländer und Kapitalisten, die mit Balonetti und Beitsche seit dem Sturz der Kaiserrepublik die ungarischen Arbeiter und Kleinbauern peinigten.

Karl Vormarsch war eine ungeheure Stärkung der Gegenrevolution auf der ganzen Welt und die Niederlage des Königs durch den Reichsverweser des Königreichs Ungarn ist eine neue, eine noch größere Befestigung des weißen Terrors.

Wie ist dieser scheinbare Widerspruch zu verstehen? Er ist zu verstehen aus der beispiellos geschickten Politik der Junker, die sich heute nicht mehr so leicht am Ruder hält wie zu Beginn ihrer Herrschaft. Seit Monaten schon mußte sie mit der unterirdisch großem Empörung der blutig unterdrückten Arbeiter- und Bauernmassen rechnen. Schon begannen wieder die ersten Streiks, wie der Buchbruderausstand im Frühjahr, sich trotz der Terrorherrschaft zu entwickeln. Der Kleinbauer, der Landarbeiter fing an, unzufrieden zu werden und durch die Verweigerung von Verleumdungen, durch den Widerstand gegen die Steuern wider den Stachel des Ausbeizers zu rufen.

Die trostlose Finanzlage, das Wachsen des Defizits, das Valutaelend, das völlige Scheitern der vielgepriesenen Finanzreform des „freihetlich gesinnten“ Ministers Hegedüs untergraben die wirtschaftlichen Wurzeln der Horthyherrschaft. Noch standen die Offizierskriegen, die Vorherrschaft der Bruchteilgewalt fest genug, um jeden Versuch einer Erhebung der Bevölkerung unmöglich zu machen. Aber die neu auflebenden Wirtschaftskämpfe beunruhigten mit Recht die Herrscherklasse ebenso, wie die standhafte Weigerung der „Partei der kleinen Landwirte“, Karl von Habsburg als König anzuerkennen. In dieser „Partei der kleinen Landwirte“ sammelten sich unbewußt immer mehr die Elemente der Bauernopposition gegen das christlich-nationale Schreckensregime. Die Aufbebung tiefenhafter Unterschleusen, Panama ähnliche Korruptionsskandalen in der Horthy-Regierung erfüllten deren Macht in den letzten Monaten aufs Schwerste.

Dies war die Situation, als Karl von Habsburg, wohl beraten von den Friedrich und Andrassy, in Bestungarn landete und sich an die Spitze der horthy'schen Freischärler stellte. Jetzt schlug die Konterrevolution zwei Fliegen mit einer Klappe. Einmal gewann die Monarchistenbewegung in allen Ländern blitzschnell einen moralischen Antriebs, dessen ganze Größe erst später zu ermessen sein wird. Gleichzeitig aber kam sich Horthy, der persönliche Rivale des Habsburgers, als Retter des Vaterlandes vor innerer Wirren und kriegerischen Verwicklungen aufspielen, sich als Beschützer der habsburgfeindlichen Kleinbauern hinstellen und dadurch die wankende Macht des weißen Terrors aufs neue befestigen.

Aber dieser Erfolg der äußersten Konterrevolution kann

nicht lange dauern. Die Ausrückung des Massenwiderstandes gegen die Schreckensherrschaft durch Horthy's Nationalarmee ist nur eine vorübergehende. Will das weiße Ungarn sich halten, so muß es immer neue innere Putsch, immer neue nationalistische Umwälzungen entfesseln, um der Erhebung der Arbeiter und Bauern zu entgegen.

Das bloße Bestehen des weißen Ungarns bedeutet eine dauernde Gefahr für das Proletariat der umliegenden Länder.

Es ist dabei gleichgültig, ob Horthy oder Karl herrscht. Die Weltöffentlichkeit bleibt höchstwahrscheinlich über aber auch Karl zumindes im Lande bleiben. Die Presse meldet bereits aus Budapest, „man ist gewillt, die Ueberwachung des Königs künftig selbst in die Hand zu nehmen“, d. h. mit anderen Worten, ihn in Ungarn zu behalten. Die große Entente unterstützt anscheinend diesen Plan gegenüber der kleinen Entente. Die Kapitalisten von Rom und Paris, wie die Junker von Budapest, erstreben die unausfällige Legalisierung des Königtums, wie in Ober-Deutschland der Rapp-Putsch legalisiert wurde.

Was ist klar: solange die Zentrale der Weltreaktion steht, solange werden aus ihr die Weltgeheulen und Arbeiterfeinde ganz Europas immer neue Kräfte zur Niederschlagung der Arbeiterklasse ziehen.

König Karl hat den Stein ins Rollen gebracht. Gemeinsam mit ihm, aber auch gegen ihn, will die Horthyherrschaft ihn jetzt aufhalten. Die Arbeiterkraft muß in ihrem Lebensinteresse dafür sorgen, daß dies nicht gelingt.

Das Proletariat der umliegenden Länder muß sich vor dem unvermeidlichen auf neue kommenden Ueberfällen Horthy-ungarns schützen. Der einzige Schutz ist die Nichterwennung des weißen Terrors in Ungarn. Die einzige Möglichkeit dazu ist die Bewaffnung des Proletariats in der Tschechoslowakei, Deutsch-Österreich und der deutschen Republik.

Die sozialdemokratischen Parteien Mitteleuropas, auch SPD und USPD, haben einen Aufruf erlassen, in dem sie den Schutz der Arbeiterkräfte „mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln“ fordern.

Es gilt jetzt, diese Forderung, die nicht nur eine kommunistische, sondern wie aus dem Aufruf hervorgeht, auch eine sozialdemokratische ist, unverzüglich zu verwirklichen:

Waffen in die Hände des Proletariats!
Entwaffnung der ungarischen Brandstifter, der weißen Terroristen, der gegenrevolutionären Gorden Habsburgs und Horthy's!

Nicht durch einen nationalistischen Krieg, mit dem die übrigen Regierungen der ungarischen Nachbarstaaten einverstanden sind, sondern durch den gemeinsamen Klassenkampf des mitteleuropäischen Proletariats mit seinen unterdrückten ungarischen Brüdern wird die internationale Hungersgefahr beseitigt werden.

Aufgabe der kommunistischen Parteien Mitteleuropas ist es, zur Erlämpfung dieses Ziels die Initiative zu ergreifen.

Hilfe den Hungernden!

Sie ersten deutschen Transporte nach Sowjetrußland unterwegs.

Nachdem bereits vor einigen Tagen die mit dem Auslandsomitee arbeitenden proletarischen Hilfsorganisationen in Schweden und Norwegen je ein Schiff mit Lebensmitteln, Maschinen, Kleidern und Schuhen nach Petrograd abgeandt haben, sind nun weitere vom Auslandsomitee organisierte Transporte aus deutschen Häfen erfolgt. Mit dem Dampfer „Siegfried“, der am 15. Oktober Stettin verlassen hat, gingen

6 Waggons
Lebensmittel, Medikamente, Kleider und Schuhe über Reval nach Rußland ab.

Dazu ein neuer, schwerer Lastkraftwagen, der von der Belegschaft der Automobilfabrik AAG in Oberschöneweide bei Berlin in freiwilligen Ueberstunden erarbeitet und den russischen Genossen als Zeichen der festen und lebendigen Solidarität deutscher Arbeiter mit ihren russischen Brüdern überhandt wurde. Bei den zum Teil sehr mangelhaften Eisenbahnverbindungen im Hungergebiet wird der Wagon unschätzbare Dienste leisten. In dem Wagen haben die wackeren Arbeiter der AAG genügende Ersatzteile, Werkzeugmaschinen usw. gestiftet. Weiter gingen mit dem Stettiner Transport alle zur Errichtung und Instandhaltung von Speiseküchen und Speisehäusern notwendigen Werkzeuge (hunderte Sägen, Axten, Beile zum Fällen des Holzes), Schaufeln, Spaten, große Kessel, Schüsseln, Kanonen, Eimer, Becher usw. ab. Dazu Einrichtungen für eine Feldschmiede, kleine Schreinerlei, Schuhmacherei, Nähstube usw. Neben einem Koffen wertvoller Medikamente macht den Hauptbestandteil des Transportes 200 Kisten voll Kleider und Schuhe aus, die in Deutschland gesammelt und zum Teil in Nähstuben und Schuhmachereiwerkstätten durch freiwillige Arbeit ausgearbeitet wurden.

Dem Stettiner Transport folgt in den aller nächsten Tagen, voraussichtlich schon am Dienstag, den 18. November, ein weiterer Transport aus Hamburg. Dort lagern zur Zeit rund

350 000 kg hochwertiger Lebensmittel, I. Qualität,

die das Auslandsomitee durch die freundliche Vermittlung der Großverkaufsgenossenschaft deutscher Konsumenten teilweise in Hamburger Freihafen zu günstigen Preisen, teilweise, wie 50 Tons holländisches Roggenmehl, direkt in Rotterdam ankamte.

Die Ladung besteht vor allem aus Wehl, Reis, Bohnen, Speck und Schmalz und Milch, Zucker und Salz für die Kinder. Sobald das zum Transport bestimmte Schiff fahrbereit ist, geht der Transport in See.

Beide Sendungen werden mit den skandinavischen Transporten in Petrograd vereinigt und direkt und sofort in die Hungergebiete weitergeleitet.

Auf Einladung des russischen Zentralomitees begleiten mehrere deutsche Arbeiter den Transport bis zur Abgabe. darunter der Genosse Julius Hoffmann aus Reutheim, der durch eine Betriebsversammlung der AAG in Oberschöneweide gewählt wurde, der Bergmann Johann Bares aus Ballum, der von einer Betriebsversammlung der Betriebsräte seines Bezirkes bestimmt wurde. Der Schweizer Friar König aus Basel, der mit fünf weiteren noch 5 deutsche Arbeiter mit, die es übernommen haben, die Einrichtung und die Arbeit der Küchen während der ganzen Dauer der Aktion zu organisieren und zu leiten. Es sind dies die Genossen Hesselbar, Lode, Friedrich, Gommeneier, Schulte. Wie bereits in früheren Berichten mitgeteilt wurde, sollen den abgegangenen Transporten rasch weitere aus Frankreich, Italien und Deutschland folgen und mit ihrer Hilfe die

Zahl der täglich durch unsere Küchen zu speisenden Menschen auf 45 000 bis 50 000 erhöht werden.

Da die Expedition des deutschen Roten Kreuzes lediglich ärztliche Hilfe bezweckte, in erster Linie Ärzte und Pflegepersonal stellte, geringe Mengen Medikamente und keine Lebensmittel mitführte, die Pläne des Gewerkschaftsbundes noch nicht realisiert wurden, bedeuten die skandinavischen und deutschen Lebensmitteltransporte des Auslandsomitees trotz ihres bescheidenen Umfangs die ersten praktischen Hilfeleistungen westeuropäischer Arbeiter im Kampfe gegen die eigentliche Not gegen den Hunger in Rußland.

So gering und bescheiden auch die bisherigen Sendungen im Vergleich zu der riesigen Not sind, so erfreulich sind sie doch im Vergleich zu der eigenen großen Not der Sender und Geber und vor allem beweisen die Schiffe, daß Hilfe möglich ist! An den breiten Massen liegt es nun, alles zu tun, um die späteren Sendungen umfangreicher und größer zu gestalten.

Die freiwillige Hilfsarbeit in Sowjetrußland.

Die kommunistischen Samstage spielen auch jetzt bei der Hungerhilfe des russischen Proletariats eine große Rolle. Fast alle Institutionen verpflichten sich, allmonatlich wenigstens einen Tag für die Hungernden zu arbeiten. Diese kommunistischen Samstage zeichnen sich besonders dadurch aus, daß an diesen Tagen mit besonders großer Intensität gearbeitet wird, wodurch zum Teil das doppelte Tagespensum erreicht wird. Während 16. Oktober ist ein „Subotnik“ für ganz Rußland vorgegeben worden und die einzelnen Lokalverbände wurden angewiesen, die diesbezüglichen Organisationsarbeiten zu erledigen. Einige kleine Beispiele von der Hilfsstätigkeit für die Hungernden zeigen, mit welchem Ernst und welcher Arbeitswilligkeit die russischen Arbeiter bestrbt sind, ihre ganze Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen.

Das amerikanische Hilfsomitee hatte sechs Waggons Lebensmittel und Bekleidungsartikel zu verladen. Es berechnete die Zeit für diese Arbeit auf eine Woche. Es meldeten sich jedoch so viele freiwillige Hilfskräfte, daß die ganze Arbeit in zwei Stunden erledigt werden konnte. Eine Vergütung hierfür wurde von den Arbeitern abgelehnt.

In einer Wäschefabrik beschlossen die dortigen Arbeiterinnen, nach der geschlichen Arbeitszeit eine Ueberstunde für die Hungernden umsonst zu machen. In dieser Stunde fertigten 40 Arbeiterinnen 90 Hemden und nahmen außerdem noch 40 Hemden mit nach Hause, um sie in den Abendstunden fertigzustellen.

Die Arbeiter einer größeren Maschinenfabrik haben den Beschluß gefaßt, bis zur neuen Ernte im Jahre 1922 allmonatlich einen Tagesdienst für die Hungernden abzuführen.

In jedem Hause in Moskau beschäftigt sich ein besonderes Samstagsomitee mit der Einsammlung von Lebensmitteln und Bekleidungsartikeln für die Hungergebiete. Es handelt sich hierbei nicht nur um das Einsammeln, sondern es werden auch von den Hausbewohnern neue Kleider angefertigt, Spielsachen für die Kinder repariert, Kleider und Schuhe geflickt, Küchengeräte in Ordnung gebracht und dergl. mehr.

Spenden. Die Hilfswoche in Ruban ergab 500 000 Rubel und 18 000 Pud Lebensmittel. Im Petrograder Hafen trafen fast 2000 Tonnen Beringe und Fischtran als Spende des norwegischen Volkes zum Nutzen der Hungernden ein.

Die Geldsammlung hat einen besonders großen Umfang angenommen. So betrug am 2. September die Summe der Geldsammlungen in den einzelnen Gouvernements über 14 Milliarden. Die Finanzverwaltung gibt bekannt, daß außer dem 50 Milliarden bereits an die Hungergebiete abgegeben sind und der jetzige Bestand noch 85 Milliarden beträgt. Es ist anzunehmen, daß die hungernden Gouvernements gefüllt wird.

Breslauer Nachrichten.

„Aus den düstersten Winkeln Breslaus“.

In einer langen Artikelserie der „Öffentlichen Meinung“ besetzt sich ein Herr Ed. Golland mit dem wichtigsten Kapitel der kapitalistischen Gesellschaft, der Prostitution. Obgleich die Ausführungen noch keinen Widerspruch erwecken, ist man in der Lage, das Resultat dieser Ausführungen zu erkennen, das keineswegs unmissverständlich ist.

Herr Ed. Golland glaubt, wie schon viele vor ihm, die Lösung eines der schwierigsten Probleme — jedoch nur die Bourgeoisie — durch ein paar gute und kräftige Schlagen herbeiführen zu können, nur mit dem Unterschied, daß er seinen Ratsschlagen ein gehäuftes Maß von Verstand einfließen läßt. Er führt den Leser durch die in der Hinsicht bekannte Bilder vor Augen, ergeht sich in peinlich genauer Weise in Ausführlichkeiten, durch die er sich das erreicht, was er anscheinend nicht erreichen will: er vergrößert das Unheil. Denn alle die, die bisher nicht wußten, wo sie sich hinwenden sollen, um den Prostitutionen praktische Kenntnisse zu lernen, werden „die Meinung“ mit der Artikelserie Gollands als Barbedecken. So werden die Artikel Gollands nicht anders als, wie die in reichem Maße in den Kinos gezeigten Filme, werden nichts anderes sein, als eine Gelegenheit, durch die „Wunderjahre“ in Schulbüchern aufgefunden werden können.

Bereits vor einigen Tagen konnte man in der einträglichen Straße die Bestätigung dieser Behauptung sehen. Zwei 13jährige Jungen verteilten sich in den Straßen der „freien Meinung“ und fragten einen hinzukommenden Altersgenossen: „Du Karle, hast du schon gesehen, die en Winkels? Dufte was?“ Wenn die freie Meinung nicht völlig im Fahrwasser einer Anzahl Berliner Arbeiterblätter zu jegelein gewillt ist, so würde sie gut die Artikelserie von Ed. Golland sofort abzubringen, mindestens aber in Zukunft mehr Logik bei Aufnahme ihrer „problematischen“ Ausführungen an den Tag zu legen, denn letzten Endes reizen diese nur die bisher Unwissenden dazu, auch mal einige „Erfahrungen“ zu machen.

Obgleich Golland die Ursachen der Prostitution richtig angibt, obgleich er weiß: „es verkauft sich kein Weib an einen Mann, wenn nicht die Not es dazu zwingt, gleichgültig, ob das Weib in Seide oder in Fetzen geht“, findet man anderen Rat, als daß „man die, aus denen sich Prostituiertenchar rekrutiert, vor den Lodungen der Prostitution behütet“ und schwingt sich schließlich auf zu pathetischen Satz „Kettet die Kinder von der Straße!“ Nach und nach, glaubt Golland, würde dann allmächtige und heute auf das gesamte gesellschaftliche Leben ihre Schatten werfende Prostitution auf ein Minimum beschränkt, denn „an Dürren wird nichts mehr gemessen, sie haben sich nach mehr oder weniger langen Selbstbeschnitten und Beintrampfen in ihr düsteres Schicksal angegeben.“

Golland handelt hier so wie jener ungarische Baron, das Dorian grüßte, um seiner Gattin die fernere Möglichkeit fröhlicher Scherzreden mit dem Hausfreund zu sichern: Golland will die Wirkungen und deren Nebenwirkungen bekämpfen, ohne ernsthaft den Ursachen auf die Spur zu gehen. Obgleich er die Not als Ursache ansieht, findet er nur sentimentales Gemammel über die Verbittheit der Jugend, die bereits mit 13 Jahren schon Berufsmöglichkeit als Dirne erlangt. Nicht aber ein heißes Wort gegen die „brav bürgerlich aussehenden“ Dirnen, die schlimmer zu verurteilen sind, als die „unzüchtigen Sträßenredner stehenden Strohe“, weil gerade diese sind, „auf die das Bewußtsein der Mädchen abgestimmt“, und weil gerade diese ihrer Wollust 13jährige Kinder zueignen.

Der Bourgeois, der heute mit einer Dirne ein zweifelloses Hotel aufsucht und morgen vielleicht über die Zittengasse in den Großstädten die Nase rümpft, die ganze kapitalistische Gesellschaft, die durch ihr Wirtschaftssystem Tausende und Tausende aus dem Produktionsprozeß ausgrenzt und sie dem Elend und der Not ausliefern, das ist die Ursache.

Jene alte, verschrampte Bettlerin, die „bei Wind und Wetter“ an den Häuserwänden lehnt und ausgehungert und zugeworfenes Almosen hascht, lebt einen gleich bitteren und traurigen Versuch, der wie ein Joch auf ihr liegt; nicht nur die „auf die Straße getriebene“ junge alte Dirne. Nur mit dem Unterschied, daß erstere — lieber als „ehrenhafte“ Bettlerin ihr Leben bestrebt, oder daß ihr, ihrer körperlichen Hülle wegen, keine andere Verdienstmöglichkeit erreichbar ist. Arme, ausgegrenzte Menschen sind es, für die die kapitalistische Gesellschaft keine Verwendung mehr fand, sie auf die Straße zu werfen und ihnen jeden Menschenjohr raubte. Die Prostitution, die eine Verzweiflungsgeste der Armut ist, ist der bitterste Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaft, sie zeigt sich dort in ihrer härtesten Phase, wo sich die Gesellschaft in ihrer Härte offenbart. Bis man sie aber bekämpfen, so kann man nicht wie „ethische Ueberflüge“ oder wie „manch einer“ — wir nehmen alle — wohlgemeinte Ratsschlüge, auch nicht durch launigste, sich völlig widerrechtende Zensurartikel in der „freien Meinung“, sondern nur durch energiegelassen Kampfs gegen die kapitalistische Gesellschaft überhaupt.

Erst wenn die zahlreichen Absteigequartiere, zweifellossten Hotels oder Pensionen der Wohnungslosen als Wohnstätten zur Verfügung gestellt werden, wenn alle Arbeitslosen, in Arbeiterkompanien eingeteilt, gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten müssen; wenn die Hungernden und frustrierten Schloßbarone mit der Kohlenheizung in der Hand vor den glühenden Herden stehen, wenn die Arbeiter, statt die schwerarbeitenden Landarbeiter mit der Heilige über die verheerenden Geschlechterfolgen zu büßen, die Felder zur neuen Ernte vorbereiten müssen, wenn die Reine aus den Schlemmerkollektiven in die Arbeiterkompanien und Heimstätten überführt werden, wenn die Tausende von alten Geschwunden, Kriegskriegern, alten Kriegern und kranken Kindern gratis zur Verfügung gestellt werden und wenn endlich alle Ausgegrenzten aus dem Produktionsprozeß wieder einberufen werden, dann — erst dann werden auch die „düsteren Winkel“ in den verstreuten Städten verschwinden, weil Licht und

Schatten gleichmäßig verteilt wurden. Die „kulturgeschichtlichen Skizzen“ der „freien Meinung“ aber werden ein Kapitel der kapitalistischen Epoche bilden, das eine spätere Generation nur mit Ekel durchblättert. Mak.

Ein Zeichen hervorragender Solidarität organisierter Arbeiter!

Anlässlich des Streiks der Bäcker im Breslauer Konsum-Verein beschloßen die dort beschäftigten Transportarbeiter und Maschinenisten und Geizer, für die Streikenden einen Sonderbetrag an diese abzuführen.

In der letzten Woche wurde nun ein Betrag von 1500 Mark an die am Streik beteiligten Bäcker abgeführt, welcher als Sonderunterstützung zur Auszahlung gebracht wird.

Ein schönes Zeichen von Arbeitersolidarität.

Die städtische Erwerbslosenfürsorge im September.

A. Unterstützende Erwerbslosenfürsorge.

Auch im Monat September 1921 konnte bei den Männern, sowie bei den Frauen wieder ein kleiner Rückgang in der Zahl der Anträge als auch an Unterstützungsempfängern festgestellt werden. Es meldeten sich im ganzen: 2746 Männer, 604 Frauen, zusammen 3350 Personen. Durch Ablehnungen, Entziehungen und Annahme von Arbeit schieden aus der Erwerbslosenfürsorge aus: 2781 Männer, darunter 59 Jugendliche, 728 Frauen, darunter 29 Jugendliche, zusammen 3509 Personen.

Es blieb am 30. September 1921 ein Bestand an Unterstützten: 3218 Männer, 1017 Frauen, zusammen 4235 Personen.

Die Zahl der sich im ganzen im Arbeitsnachweis Meldenden, also auch der Nichtunterstützten, betrug im Laufe September 1921

12 772 Männer, 6519 Frauen.

An Unterstützungen wurden im September 1921 für 86 708 Unterstützungstage 1 291 862,90 Mark gezahlt. Ueberhaupt sind bisher gezahlt worden 37 585 249,59 Mark. Dazu kommen an Krankenlöhnenbeiträgen über 1 690 400 M. Außerdem wurden als Zuschüsse für Kurzarbeiter im Monat September 1921 an 299 Personen 12 134,14 Mark ausgezahlt.

Aus der Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge sind im Monat September 1921 an 1066 Personen Bekleidungsstücke verabfolgt worden, bisher überhaupt an 4307 Personen.

Am 30. September 1921 befanden sich unter den Unterstützungsempfängern 56 Flüchtlinge, sowie 103 Kriegsversehrte. Unter den Kriegsversehrten befanden sich 54 Schwerbeschädigte.

Reisegutscheine für freie Fahrt nach dem Arbeits- oder Heimatort sind im September 117, bisher 3133 ausgestellt worden.

Die Kontrollmaßnahmen und Ermittlungen bei den Erwerbslosen an Ort und Stelle wurden fortgesetzt. Sie erfolgten im September 1921 in 4638 Fällen, wovon auf die Ermittlungen 1419 und auf die Kontrollen 3219 entfielen.

Seit Bestehen der Erwerbslosenfürsorge wurden wegen Urkundenfälschung und Betruges 344 Strafanzeigen

erstattet. Es wurden 100 Männer und 26 Frauen, zusammen 126 Personen verurteilt. Die erkannte Höchststrafe betrug 6 Monate Gefängnis.

Grteilverteilung Vom 27. Oktober bis 8. November auf Nährmittelkarte 250: 1 Pfund Griech 3,20 M. nur in den für an den Anschlagtafeln bekanntgegebenen Verkaufsstellen.

Aus der Provinz.

Noch immer Hungerstreik.

Seit Freitag befindet sich Genosse Wenzel im Görtziger Gefängnis im Hungerstreik. Durch das energische Auftreten der Vertreter der Breslauer Arbeiter ist es uns gelungen, die meisten Genossen zu befreien. Für die Borniertheit eines Teils der Justiz ist es bezeichnend, daß sie die Generale der „Roten Armee“ entlassen, nicht aber die Unteroffiziere. Wir verlangen die sofortige restlose Entlassung aller unserer Genossen.

Gegen die Aktion der Monarchisten!

Unsere Genossen freigelassen.

Am Sonntag brachten wir eine Erklärung, die von den Vertretern der SPD, KPD, und den Gewerkschaften in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen wurde. Gleichzeitig fuhr eine Kommission nach Berlin, um beim Reichsjustizminister gegen die standalösen Rechtsbrüche der schlesischen Justiz zu protestieren und zu erklären, daß, wenn diese Mißstände nicht abgestellt würden, die schlesische Arbeiterschaft stärkere Mittel anzuwenden werde.

Der Erfolg dieser gemeinsamen Aktion ist, daß Genosse Dohner und die beiden Genossen Strohschneider aus der Haft entlassen sind. Die Entlassung der anderen Genossen in Görtzig ist eine Frage von Tagen.

Der Erfolg dieses Schrittes ist unzweifelhaft. Wir betonen im Anschluß an den Artikel in der Sonntagsnummer, daß es, abgesehen von allen grundsätzlichen Verschieblichkeiten, Momente geben wird und muß, wo die Arbeiterschaft einig und geschlossen dasteht. Eine solche Zeit scheint uns nicht mehr ferne. Die Machenschaften der Konterrevolution in Schlessen sind unzweifelhaft. Die Monarchisten rüsten fieberhaft unter dem Deckmantel, Oberschlessen zu retten. In Wirklichkeit wollen sie ein neues 1813 schaffen. Schlessen vom Reiche trennen und von hier mit „der schlesischen Landwehr“ die Erneuerung Deutschlands durchführen.

Wenn auch nur der Anfang dieser Erneuerung gemacht wird, wird er über Leichen von Arbeitern gehen. Die außen- und innenpolitischen Verwicklungen werden ungeheuer sein. Das wirtschaftliche Chaos wird noch unentwirrbarer. Die Monarchisten und ihre kapitalistischen Hintermänner wollen weiter ihre Profite. Die Arbeiter werden nicht nur ihre ganzen revolutionären Erregenschaften verlieren, sie werden es sein, die ihre Haut, ihre Knochen zu Markte tragen. Den Machenschaften der Monarchisten, die zu neuem Krieg führen, muß der eiserne Ball aller Klassenbewußten Arbeiter entgegenstehen. Deshalb, hört auf und bereitet die Abwehr unverzüglich vor.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichshof-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Köpenick 1956 und 1957.

billige Schuhe

einzu-kaufen!



Schuhhaus Wopner

Reuschestraße 63

<h3>Herrenschuhe</h3> <p>schwarz und braun Strapazier-Stiefel M. 91 85 Prima Boxcalli M. 275 225 195 135 175 Cher., m. n. o. Lack M. 295 275 225 195 175 Braum-Rindbox u. Boxcalli M. 350 325 295 260 225 Fahlleder M. 225 170 158</p>	<h3>Damen-Halbschuhe</h3> <p>schwarz, Rotsehrean und Boxcalli, m. n. o. Lack M. 195 175 135 115 85 braun, Sehrean M. 295 230 210 195 175 98</p>	<h3>Kinderschuhe</h3> <p>schwarz und braun mit und ohne Fleck, 19 bis 26, M. 105 90 75 55 45 Mollige Hauschuhe Tuch und Kamelhaar M. 58 55 40 20 1650 Hoch, Schnalle u. Schnür, mit und ohne Lederbes., M. 95 85 75</p>
<h3>Damenschuhe</h3> <p>schwarz und braun Rindbox . M. 145 125 89 Altiranen, Flachabs., m. n. o. Lack M. 195 150 Chevreau-Derby, mit n. o. Lack M. 275 210 Boxcalli, Hochschaff, 325 305 275 225 186 165</p>	<h3>Barchenschuhe</h3> <p>schwarz und braun Rind- u. Rottbox, 36b. 125 39, M. 175 165 150 145 125</p>	<p>Lack Schnür M. 265 235 190 Lack Spange M. 260 210 195 Lack 3 Spangen . M. 215 - Putzsp-Lasche . 250 schwarz Satin Schnür M. 35 schwarz Satin Spange M. 40 schwarz Samt Salon M. 65 schwarz Samt Spange M. 75</p>

habe den größten Erfolg Schles. Arbeiterzeitung!

habe den größten Erfolg Schles. Arbeiterzeitung!

in der

Von der Reichsmonopolverwaltung für Braunkohle ist uns der Vertrieb der Monopolrechtsgewinne für den Bezirk Breslau übertragen worden.

Zum Vertrieb gelangt zunächst **„Klaret“**

zur Kleinhandelspreise von Mk. 28.— für die Flasche, von genau 3/4 Liter Inhalt und einer Weingeiststärke von 30 Raumhundertteilen, welche kostenweise (20 Flaschen) zu **Wiederverkäufer**, beziehen haben und welchen die Ware frei Haus geliefert wird, wollen Bezugsbedingungen bei uns abfordern.

Monopolbranntwein-Vertriebsges. m. b. H. „Nobru“

Tel.: Ring Nr. 11747 Breslau, Olesner Str. 98 Tel.: Ring Nr. 11747

Liedlich-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
Oktober-Programm.

Schauspielhaus.
Operettenbühne, Zel. Ring 2545
Freitag, 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Else Knepel v. d. Staatsoper-Berlin
Der Opernball
Sonabend, 7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male
Wenn Liebe erwacht
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Die Rose von Stambul
Sonntag und täglich 7 1/2 Uhr:
Wenn Liebe erwacht.